

Werbung

Schweiz > International > Sonntagsnews: Schweiz könnten Temperaturen von bis zu 45 Grad drohen

Der Schweiz könnten Temperaturen von bis zu 45 Grad drohen – die Sonntagsnews



 Als bevorzugte Quelle hinzufügen

 News folgen

🕒 28.06.2026, 05:31 🕒 28.06.2026, 07:42

Die DEZA hat trotz frühzeitiger Kenntnis schwerer Missbrauchsvorwürfe gegen Ärzte ohne Grenzen im Tschad ihre finanzielle Unterstützung für das betroffene Hilfsprojekt fortgesetzt, Bundesrichterin Julia Hänni sieht sich vor einer möglichen Wahl an den EGMR mit anonymen Plagiatsvorwürfen konfrontiert, und der Schweiz könnten Temperaturen von bis zu 45 Grad drohen.

Das sind die Sonntagsnews.

Inhaltsverzeichnis

- ✓ **Temperaturen von bis zu 45 Grad in der Schweiz denkbar**
- ✓ **DEZA setzt finanzielle Unterstützung trotz Vorwürfen fort**
- ✓ **Schweiz überweist vorzeitig Millionen für F-35**
- ✓ **Mutmassliche Verstösse gegen Tierschutz auf Hühnerfarm bei Bern**
- ✓ **Bundesrichterin Julia Hänni mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert**
- ✓ **Illegale Zeremonien mit psychedelischen Substanzen nehmen zu**



Temperaturen von bis zu 45 Grad in der Schweiz denkbar

In der Schweiz wären laut Aussagen von Jörg Kachelmann in der «SonntagsZeitung» bereits heute Temperaturen von bis zu 45 Grad denkbar. Im Interview erklärte der Meteorologe, welche Voraussetzungen für dieses Szenario nötig sind. Gehe der Klimawandel ungebremst voran, seien gar noch höhere Temperaturen zu erwarten. Die Geschwindigkeit des Temperaturanstiegs überfordere unsere Vegetation völlig, so Kachelmann. Setze sich diese Entwicklung fort, führe das zu einem «massiven Dürreproblem im Mittelland». Auch Forscher der ETH Zürich kämen laut der Zeitung zum Schluss, dass Temperaturen von 43 bis 44 Grad im Mittelland zwar unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich seien. Etwas tiefer seien die Schätzungen des Bundesamtes für Meteorologie und Klimatologie. Bei fortschreitendem Klimawandel, heisst es dort, sei «gegen Ende des Jahrhunderts unter Berücksichtigung der Unsicherheiten im Mittelland ein 50-jährliches Ereignis in der Grössenordnung von 42 bis 45 Grad zu erwarten».

DEZA setzt finanzielle Unterstützung trotz Vorwürfen fort

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat laut der «NZZ am Sonntag» trotz Missbrauchsvorwürfen weiter Millionen an Ärzte ohne Grenzen im Tschad bezahlt. Die Organisation habe Ende 2024 eine interne Untersuchung zu Vorwürfen sexueller Ausbeutung im Flüchtlingsgebiet Adré eingeleitet und 59 Fälle von Fehlverhalten festgestellt. 18 Mitarbeitende seien entlassen worden. Die DEZA habe bereits im November 2024 von den Vorwürfen erfahren und das Projekt dennoch weiterfinanziert. 2024 und 2025 seien fast sieben Millionen Franken an das betroffene Hilfsprojekt geflossen. «Unter Berücksichtigung der damals von Ärzte ohne Grenzen Schweiz angekündigten Massnahmen sowie des Ausmasses der humanitären Bedürfnisse wurde das Projekt zugunsten der notleidenden Bevölkerung weiterhin unterstützt», schrieb das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf Anfrage der «NZZ am Sonntag». Die DEZA prüfe nun zusätzliche Massnahmen und stehe in engem Kontakt mit der Organisation.

Schweiz überweist vorzeitig Millionen für F-35



vorgesehenen Zahlungen für den Kampfjet bereits geleistet worden, sagte Rüstungschef Urs Loher im Interview mit der Zeitung. Ein anhaltender Zahlungsstopp hätte laut Loher zur Folge haben können, dass die USA Lieferungen von F/A-18-Ersatzteilen einstellten oder auch das F-35-Projekt Schaden nähme. «Das Risiko war für uns zu gross.» Die vorgezogenen Zahlungen sollten sicherstellen, dass das gemeinsame Finanzierungskonto für Schweizer Rüstungsgeschäfte in den USA ausreichend gedeckt bleibe. Loher sagte zudem, Deutschland könnte der Schweiz möglicherweise Komponenten von Patriot-Systemen überlassen, die ursprünglich für die Schweiz vorgesehen gewesen seien und nicht der Wunschkonfiguration der Bundeswehr entsprächen. «Wir nehmen alles, was wir kriegen können», sagte Loher dazu.



Schweiz hat USA vorzeitig 500 Millionen Franken für F-35 überwiesen

Mutmassliche Verstösse gegen Tierschutz auf Hühnerfarm bei Bern

Heimlich aufgenommene Bilder aus einer Hühnerfarm bei Bern dokumentieren laut des «SonntagsBlicks» mutmassliche Verstösse gegen den Tierschutz. Die Aufnahmen würden unter anderem Hühner mit zwischen Gittern eingeklemmten Köpfen, herumliegende Kadaver sowie Anzeichen von Kannibalismus unter den Tieren zeigen. Der Verein Tier im Fokus (TIF) habe Strafanzeige gegen Unbekannt wegen mutmasslicher Verstösse gegen das Tierschutzgesetz eingereicht. Das Amt für Veterinärwesen des Kantons Bern habe bereits im Januar Abklärungen eingeleitet und Kontakt mit dem Betriebsleiter aufgenommen, sagte Kantonstierarzt Reto Wyss der Zeitung. Die Kan-



licherweise verdurstet seien. «Solche Tiere wären bei einer ordentlichen Stallkontrolle sofort aufgefallen», sagte er dem «SonntagsBlick».

Bundesrichterin Julia Hänni mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert



Bundesrichterin Julia Hänni

bild: keystone

Bundesrichterin Julia Hänni sieht sich laut dem «SonntagsBlick» vor ihrer möglichen Wahl an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert. Anonyme Hinweisgeber hätten in Schreiben an die Universitäten St.Gallen und Luzern festgehalten, Hänni habe Teile ihrer Dissertation und Habilitation abgeschrieben und wissenschaftlich unredlich gearbeitet. Wegen der mutmasslichen Plagiate seien ihr die akademischen Titel abzuerkennen. Die Bundesrichterin weise die Vorwürfe zurück. Sie habe die Anschuldigungen als politisch motivierte Attacke im Zusammenhang mit ihrer Kandidatur für den EGMR in Strassburg bezeichnet. Das Bundesgericht gehe weiterhin von ihrer wissenschaftlichen Integrität aus. Die Universität Luzern bestätigte den Eingang der Vorwürfe und erklärte, diese würden im Einklang mit den universitären Regelungen geprüft. Die Universität St.Gallen teilte mit, Meldungen würden an die zuständige Stelle weitergeleitet, ohne den Fall weiter zu kommentieren.



nehmen zu

Illegale schamanische Zeremonien mit psychedelischen Substanzen haben laut «Le Matin Dimanche» in der Schweiz zugenommen. Psychedelische Stoffe seien verboten und nur ausnahmsweise mit einer Bewilligung des Bundesamts für Gesundheit für wissenschaftliche Forschung, Medikamentenentwicklung oder eine begrenzte medizinische Anwendung zugelassen. Solche Zeremonien könnten unter dem geltenden Rechtsrahmen keinesfalls bewilligt werden, habe eine Sprecherin des Bundesamts in der Zeitung erklärt. «Wenn wir von der Existenz von Anbietern oder Veranstaltern Kenntnis erhalten, führen wir selbstverständlich die notwendigen Überprüfungen durch», erklärte ein Sprecher der Berner Kantonspolizei.

MSD im Visier der USA



Die US-Steuerbehörde prüfe mehrere Steuererklärungen und habe bereits Nachzahlungen in Milliardenhöhe angeordnet.

bild: www.imago-images.de



Schweiz rund 1.8 Milliarden Franken Steuern und gehöre damit zu den grössten Steuerzahlern des Landes. MSD profitiere von einer steuerlichen Sonderregelung in Luzern und habe dadurch gemäss Geschäftsbericht 1.4 Milliarden Dollar eingespart. In den USA werde dem Unternehmen seit Längerem vorgeworfen, über ausländische Tochtergesellschaften Unternehmenssteuern zu umgehen. Die US-Steuerbehörde prüfe mehrere Steuererklärungen und habe bereits Nachzahlungen in Milliardenhöhe angeordnet. MSD wolle diese Forderungen gemäss Jahresbericht «energisch anfechten» und nötigenfalls vor Gericht ziehen. Laut der «SonntagsZeitung» stehe der Konzern auch in den Niederlanden in der Kritik, weil dort Innovationen tief besteuert würden und MSD dadurch 900 Millionen Dollar eingespart haben soll. (sda)

Mehr News:

- [Spannungen in Nahost nehmen weiter zu: USA attackiert erneut Ziele – der Iran reagiert](#)
- [In der Hitze stirbt Bauer Wyssa das Gemüse ab: «Werden uns anpassen müssen»](#)
- [Stromausfall im Zürcher Kreis 10 – EWZ spricht von «technischer Ursache»](#)

Themen

SCHWEIZ

INTERNATIONAL

USA

TIER

WETTER

F-35

Doppeltes Erdbeben in Venezuela



1 / 30

Doppeltes Erdbeben in Venezuela

In Venezuela haben sich am Donnerstag, 25. Juni 2026, zwei Erdbeben innerhalb weniger Minuten ereignet.



Venezolanische Retter berühren mit positiver Einstellung



video: watson

Das könnte dich auch noch interessieren:

Abonniere unseren Newsletter

Deine E-Mail

Abonnieren

Du hast uns was zu sagen?



Hast du einen relevanten Input oder hast du einen Fehler entdeckt? Du kannst uns dein Anliegen gerne via Formular übermitteln.

89 KOMMENTARE

[Zum Login](#)



Weil wir die Kommentar-Debatten weiterhin persönlich moderieren möchten, sehen wir uns gezwungen, die Kommentarfunktion 24 Stunden nach Publikation einer Story zu schliessen. Vielen Dank für dein Verständnis!

♥ DIE BELIEBTESTEN KOMMENTARE



PD Dr.med.

28.06.2026 07:37 • registriert November 2022

” 500 Millionen Franken für die Beschaffung der F-35 vorzeitig an die USA überwiesen”

Wie wäre es mit: 500 Mio. für den raschen Einbau von Klimaanlage in Krankenhäusern...? Und weitere Gelder für Schwammstadt, Sonnensegel, helle Flächen.. nebst Massnahmen zur raschen Reduktion CO2 Emissionen an allen Fronten? Wäre besser investiert.

♥ 184 ⚡ 12  

[Melden](#)

[Zum Kommentar >](#)



Chuchichäschтли

28.06.2026 06:06 • registriert März 2022

«Wir nehmen alles, was wir kriegen können», solange es vom Steuerzahler berappt wird?

Dieser Rüstungschef unterliegt wohl noch der Doktrin seiner ehemaligen Chefin, die ja auch sehr grosszügig mit der Kreditkarte der Schweizer Bürger umgegangen ist.

♥ 125 ⚡ 6  

[Melden](#)

[Zum Kommentar >](#)



Genau, darum sollte die Fotovoltaik ausgebaut werden die Liegenschaftsbesitzer verpflichtet werden Selbstversorger zu werden damit Klimageräte mit Strom versorgt werden können?

Wäre alles machbar, wenn der Wille da ist!

[Melden](#)[Zum Kommentar >](#)[Alle Kommentare anzeigen](#)

Diese Art von Neutralität will das Schweizer Volk laut Umfrage wirklich

Die Neutralitätsinitiative dürfte klar abgelehnt werden. Doch welche Neutralität will die Schweiz? Eine aktuelle Sotomo-Umfrage kommt zu überraschenden Ergebnissen.

Für die Schweizerinnen und Schweizer ist eines klar: Auch bei dem absehbaren deutlichen Nein zur Neutralitätsinitiative bleibt die Neutralität wichtig. Das zeigt

[Zur Story](#)